

# Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 43/2023

26. Oktober 2023

## Inhaltsverzeichnis

### Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden – SKSD über die Feststellung des Jahresabschlusses 2022 vom 29. September 2023 .....	A 694	Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Beschlussfassungen der Verbandsversammlung zur Stadt Werdau in der Sitzung vom 15. September 2023 vom 9. Oktober 2023 .....	A 707
Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien über die Erteilung der Genehmigung der Zweiten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien vom 28. September 2023 .....	A 697	Bekanntmachung der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) vom 27. September 2023 .....	A 709
Bekanntmachung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe (ZVOE) über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 vom 6. Oktober 2024 .....	A 698	Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zu Jahresabschluss und Lagebericht 2022 vom 12. Oktober 2023 .....	A 718
Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Feststellung des Jahresabschlusses 2022 vom 9. Oktober 2023 .....	A 699	Bekanntmachung des Zweckverbandes Sächsisches Industriemuseum über die Durchführung der 101. Sitzung der Verbandsversammlung vom 9. Oktober 2023 .....	A 721
Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 vom 9. Oktober 2023 .....	A 700	Bekanntmachung des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) zu dem Jahresabschluss 2022 vom 12. Oktober 2023 .....	A 722
Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung der Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskosten-satzung) vom 20. September 2023 .....	A 701	Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 vom 12. Oktober 2023 .....	A 725
Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Beschlussfassungen der Verbandsversammlung zur Stadt Kirchberg in der Sitzung vom 15. September 2023 vom 9. Oktober 2023 .....	A 705	Bekanntmachung des Abwasserverbandes Röder-tal zur 3. öffentlichen Verbandsversammlung 2023 vom 11. Oktober 2023 .....	A 726
		<b>Gerichte</b>	
		Aufgebotsverfahren .....	A 727
		<b>Stellenausschreibungen</b>	

# Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

## Bekanntmachung

### des Zweckverbandes Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden – SKSD

### über die Feststellung des Jahresabschlusses 2022

### Vom 29. September 2023

Gemäß § 34 Absatz 2 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816), in Verbindung mit §§ 12 und 14 der Verbandssatzung des SKSD werden nachfolgende Beschlüsse zu TOP 9 – Jahresabschluss 2022 vom 21. September 2023 der Verbandsversammlung bekannt gegeben:

1. Die Verbandsversammlung beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses 2022 und die Behandlung des Jahresergebnisses gemäß § 34 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung:

#### 1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme 1.538.367,14 Euro  
1.2 Jahresgewinn (+)/Jahresverlust  
(-) +229.118,78 Euro

#### 2. Behandlung des Jahresergebnisses

Das Ergebnis wird auf neue  
Rechnung vorgetragen +229.118,78 Euro

Satzungsmäßige Stimmenzahl: 136

Anwesende Stimmen: 99

Ergebnis: angenommen mit 99 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

2. Die Verbandsversammlung entlastet den Zweckverbandsvorsitzenden für das Wirtschaftsjahr 2022.

Satzungsmäßige Stimmenzahl: 136

Anwesende Stimmen: 97

Ergebnis: angenommen mit 97 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Jahresabschluss und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 wurden durch die LiSka Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Das SKSD erhielt am 17. Mai 2023 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Meißen führte die Prüfung nach § 105 Sächsische Gemeindeordnung durch.

Für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde der **uneingeschränkte Bestätigungsvermerk** wie folgt erteilt:

#### „Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

An das Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden

#### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie den Anhang, einschließlich der Darstel-

lung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

#### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

#### Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmä-

ßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

#### *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher

Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, den 17. Mai 2023

LiSka Treuhand GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Skala  
Wirtschaftsprüfer“

Gemäß § 88 der Sächsischen Gemeindeordnung wurde der Beschluss der Verbandsversammlung vom 21. Septem-

ber 2023 zum Jahresabschluss 2022 der Rechtsaufsichtsbehörde mitgeteilt. Jahresabschluss 2022 und Lagebericht, Prüfungsbericht nach § 32 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung einschließlich Bestätigungsvermerk und Prüfungsbericht nach § 105 der Sächsischen Gemeindeordnung liegen in der Zeit

vom 1. November bis 9. November 2023

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 01067 Dresden, An der Kreuzkirche 6, 5. Etage, Sekretariat, Montag bis Donnerstag jeweils von 9:00 bis 12:00 Uhr und von 13:00 bis 15:00 Uhr, Freitag von 9:00 bis 12:00 Uhr öffentlich aus.

Dresden, den 29. September 2023

Zweckverband Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden  
Torsten Pötzsch  
Verbandsvorsitzender

# **Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien über die Erteilung der Genehmigung der Zweiten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien**

**Vom 28. September 2023**

Mit Bescheid des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung vom 25. August 2023 (Aktenzeichen: 41-2414/34/5-2023/31285) wurde die von der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien in der 116. Sitzung am 26. Januar 2023 beschlossene Satzung über die Zweite Gesamtfortschreibung des Regionalplanes für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien gemäß § 7 Absatz 2 Satz 2 des Landesplanungsgesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706), das zuletzt durch Artikel 25 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, genehmigt.

Das Plangebiet umfasst die Landkreise Bautzen und Görlitz. Der Regionalplan ist ein Raumordnungsplan gemäß § 13 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Raumordnungsgesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, in Verbindung mit § 4 des Landesplanungsgesetzes. Er enthält textliche und zeichnerische Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes, insbesondere Festlegungen zur regionalen Raum- und Siedlungsstruktur (zum Beispiel zu Grundzentren, Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion), zur Regionalentwicklung (zum Beispiel zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zur regionalen Kooperation und interkommunalen Zusammenarbeit), zur Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung, zum Verkehr, zum Freiraumschutz und zur Freiraumentwicklung (zum Beispiel Kulturlandschaftsschutz, Hochwasserschutz, regionale Grünzüge) und zur Freiraumnutzung (zum Beispiel Land- und Forstwirtschaft, Rohstoffsicherung, Windenergienutzung) sowie als regionale Besonderheit Festlegungen zum Sorbischen Siedlungsgebiet. Bezüglich der Windenergienutzung werden mit dem Regionalplan Gebiete festgelegt, auf denen Windenergieanlagen errichtet werden können; gleichzeitig ist außerhalb dieser Gebiete die Errichtung von Windenergieanlagen ausgeschlossen. Auf § 245e Absatz 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist, wird diesbezüglich verwiesen. Darüber hinaus enthält der Regionalplan im Anhang 4 die Inhalte der Landschaftsplanung gemäß § 6 Absatz 2 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist.

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit gemäß § 10 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 7

Absatz 3 Satz 5 des Landesplanungsgesetzes öffentlich bekannt gemacht. Die Zweite Gesamtfortschreibung des Regionalplanes für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien wird gemäß § 10 Absatz 1 des Raumordnungsgesetzes mit dieser Bekanntmachung wirksam.

Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes sind die Zweite Gesamtfortschreibung des Regionalplanes mit der zugehörigen Begründung, der Umweltbericht, die zusammenfassende Erklärung nach § 10 Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes, welche auch die Aufstellung der Überwachungsmaßnahmen nach § 8 Absatz 4 Satz 1 des Raumordnungsgesetzes beinhaltet sowie die Rechtsbehelfsbelehrung im Internet unter der Adresse <https://www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de/regionalplanung/zweite-gesamtfortschreibung-des-regionalplans.html> veröffentlicht. Zusätzlich werden die Dokumente gemäß § 10 Absatz 2 Satz 3 des Raumordnungsgesetzes in der Verbandsverwaltung des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien, Löbauer Straße 63, 02625 Bautzen zu den gewöhnlichen Geschäftszeiten (siehe unter <https://www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de/kontakt/anschriften.html>) zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Auf die Voraussetzungen der Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die damit verbundenen Rechtsfolgen wird gemäß § 11 Absatz 5 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes wie folgt hingewiesen: Nach den gesetzlichen Regelungen werden eine nach § 11 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Raumordnungsgesetzes beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, nach § 11 Absatz 3 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sowie eine nach § 11 Absatz 4 des Raumordnungsgesetzes beachtliche Verletzung der Vorschriften über die Umweltprüfung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung gegenüber der zuständigen Stelle unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Zuständige Stelle ist gemäß § 8 des Landesplanungsgesetzes der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien. Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften ist gemäß § 8 Satz 2 des Landesplanungsgesetzes schriftlich geltend zu machen und an die nachfolgende Adresse zu richten: Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien  
Löbauer Straße 63  
02625 Bautzen

Bautzen, den 28. September 2023

Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien  
Dr. Stephan Meyer  
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung  
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe (ZVOE)  
über die öffentliche Auslegung des Entwurfes  
der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024**

**Vom 6. Oktober 2024**

Aufgrund § 77 Absatz 1 in Verbindung mit § 76 der Sächsischen Gemeindeverordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in Verbindung mit § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), wird der Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 in der Zeit

der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 01127 Dresden, Leipziger Straße 120, ausgelegt.

Einwendungen gegen den Entwurf können – schriftlich oder mündlich zu Protokoll – bis zum Ablauf des 14. Arbeitstages ab dem ersten Tag der Auslegung in der Geschäftsstelle erhoben werden. Über fristgemäß erhobene Einwendungen entscheidet die Verbandsversammlung des Z-VOE am 30. November 2023 in öffentlicher Sitzung.

**vom 9. November bis einschließlich 17. November 2023**

montags bis freitags jeweils in der Zeit von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr zur öffentlichen Einsichtnahme für jedermann in

Dresden, den 6. Oktober 2023

Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe (ZVOE)  
Michael Geisler  
Verbandsvorsitzender

## **Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Feststellung des Jahresabschlusses 2022**

**Vom 9. Oktober 2023**

Mit der Beschlussfassung in der Verbandsversammlung am 15. September 2023 hat der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau nach Durchführung der örtlichen Prüfung den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 festgestellt.

Gemäß § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 88c Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62),

die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, wird der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss 2022 mit Rechenschaftsbericht und Anhang wird in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Karl-Marx-Straße 12a in 08066 Zwickau zu den üblichen Dienstzeiten ab

**Mittwoch, dem 1. November 2023**

zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt.

Zwickau, den 9. Oktober 2023

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau  
Ludwig  
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung  
des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau  
zur Auslegung des Entwurfs  
der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024**

**Vom 9. Oktober 2023**

Der Entwurf der Haushaltssatzung einschließlich des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau liegt gemäß § 76 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. De-

zember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der Zeit

**vom 1. November bis 9. November 2023**

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, 08066 Zwickau, Karl-Marx-Straße 12a, während der allgemeinen Dienstzeiten öffentlich aus.

Einwohner und Abgabepflichtige haben die Möglichkeit für die Dauer von 14 Arbeitstagen Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf öffentlich ausliegt.

Zwickau, den 9. Oktober 2023

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau  
Ludwig  
Verbandsvorsitzender

# **Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung der Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung)**

**Vom 20. September 2023**

Aufgrund der §§ 2 Absatz 1, 8a des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), § 47 Absatz 2 in Verbindung mit §§ 5 Absatz 3, 6 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) in Verbindung mit § 4 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705), hat die Verbandsversammlung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau in ihrer Sitzung am 15. September 2023 die nachfolgende Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung) beschlossen:

## **§ 1**

### **Verwaltungskostenpflicht**

(1) Der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau erhebt für seine Amtshandlungen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten Verwaltungsgebühren und Auslagen (Verwaltungskosten).

(2) Auf die Erhebung von Verwaltungsgebühren und Auslagen finden die §§ 2, 3 Absatz 4 bis 6, § 4 Absatz 2, 3 und 5, §§ 6 bis 9, 11 bis 13, 15, 16, 17 Absatz 1 bis 3 und 5, §§ 18 bis 20, 22 und 23 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes (SächsVwKG) vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), in der jeweils geltenden Fassung, entsprechende Anwendung.

## **§ 2**

### **Verwaltungskostenschuldner**

(1) Zur Zahlung der Verwaltungskosten ist derjenige verpflichtet,

1. dem die öffentlich-rechtliche Leistung individuell zuzurechnen ist,
2. der die Verwaltungskosten durch eine vor der zuständigen Behörde abgegebene oder mitgeteilte Erklärung übernommen hat oder
3. der für die Verwaltungskostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Verwaltungskostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(3) Auslagen im Sinne des § 13 SächsVwKG, die durch unbegründete Einwendungen eines Beteiligten oder durch schuldhaftes Verhalten eines Beteiligten oder eines Dritten entstanden sind, hat dieser zu tragen.

## **§ 3**

### **Kostenpflichtige Tatbestände und Gebührenhöhe**

(1) Die Verwaltungsgebühren- und auslagenpflichtigen Tatbestände sowie die Höhe der Verwaltungsgebühren bestimmen sich nach dem Kostenverzeichnis, das Anlage dieser Satzung ist.

(2) Die Höhe der Verwaltungsgebühr im Kostenverzeichnis ist nach dem Verwaltungsaufwand aller an der öffentlich-rechtlichen Leistung beteiligten Behörden und Stellen (Kostendeckungsgebot) und nach der Bedeutung der Angelegenheit für die Personen, denen nach § 2 Absatz 2 SächsVwKG die öffentlich-rechtliche Leistung zuzurechnen ist, zu bemessen.

(3) Für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen, die nicht im Kostenverzeichnis enthalten sind, wird eine Verwaltungsgebühr erhoben, die nach den im Kostenverzeichnis bewerteten, vergleichbaren Amtshandlungen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Leistungen zu bemessen ist. Fehlt eine vergleichbare Amtshandlung oder sonstige öffentlich-rechtliche Leistung wird eine Verwaltungsgebühr von 10 bis 25 000 Euro erhoben.

(4) Unterliegt die Amtshandlung oder öffentlich-rechtliche Leistung der Umsatzsteuer, werden die Verwaltungskosten zuzüglich der Umsatzsteuer erhoben.

(5) Der Verwaltungskostenschuldner ist verpflichtet, die zur Festsetzung der Verwaltungskosten erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen sowie die notwendigen Unterlagen in Urschrift oder beglaubigter Abschrift beizubringen.

## **§ 4**

### **Stundung, Niederschlagung und Erlass**

Für Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen aus dem Aufkommen an Verwaltungsgebühren und Auslagen gelten die Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechts, insbesondere § 32 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung vom 10. Dezember 2013 (GVBl. S. 910), in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 5**

### **Mahnung und Vollstreckung**

Für die Kosten der Mahnung und Vollstreckung gelten die Vorschriften des SächsVwKG und die hierzu erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung.

**§ 6**  
**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

(1) Diese Satzung mit dem zugehörigen Kostenverzeichnis tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostensatzung) vom 9. Dezember 2022 außer Kraft.

Zwickau, den 20. September 2023

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau  
Steffen Ludwig  
Verbandsvorsitzender

**Anlage**  
Kostenverzeichnis

**Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit §§ 47 Absatz 2, 5 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit**

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach §§ 56 Absatz 3, 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über

kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

**Anlage zur Satzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Erhebung der Verwaltungskosten für Amtshandlungen und sonstige öffentlich-rechtliche Leistungen in weisungsfreien Angelegenheiten (Verwaltungskostenatzung) vom 20. September 2023**

**Kostenverzeichnis**

Lfd. Nr.	Tarifstelle	Gegenstand	Einheit	Verwaltungsgebühren und Auslagen in Euro
<b>I. Allgemeines Verwaltungs- handeln</b>	<b>1. Einsichtsgewährung und Auskünfte (soweit diese nicht in einem gebührenpflichtigen Verfahren gewährt wird)</b>			
	a)	Einsichtnahme in das Abwasserbeseitigungskonzept des RZV Zwickau/Werdau für die Unterrichtung der Öffentlichkeit		kostenfrei
	b)	Einsichtgewährung in Akten und amtliche Bücher, soweit die Einsicht nicht in einem gebührenpflichtigen Verfahren gewährt wird	je Akte/Buch	1,00 mindestens 10
	c)	Erteilung von Auskünften, die über § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 SächsVwKG hinausgehen	je Auskunft	30–100
	d)	Anfertigung von Reproduktionen und Ausgabe in elektronischer Form	je angefangene Viertelstunde	17
	<b>2. Beglaubigungen und Bescheinigungen</b>			
	a)	Beglaubigungen und Bescheinigungen	je angefangene Seite	1,50; mindestens 10
	<b>3. Allgemeine Verwaltungstätigkeit</b>			
	a)	Allgemeine Verwaltungstätigkeit, die mit besonderer Mühewaltung verbunden sind, auf besonderen Antrag zum unmittelbaren Nutzen des Antragstellers		17–135
	b)	Aufnahme einer Niederschrift (Erhebung von Rechtsbehelfen ausgenommen)	je angefangene Seite	14–60
	c)	Anordnung zur Erfüllung einer satzungsrechtlichen Verpflichtung		17–270
	d)	Erteilung einer Befreiung von einer satzungsrechtlichen Verpflichtung		17–270
	e)	Widerruf/Rücknahme einer Befreiung		17–270
	f)	Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung auf Grund gesetzlicher Vorschriften		17–270
	g)	Widerruf/Rücknahme einer Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung		17–270
	h)	Erteilung nachträglicher Auflagen		17–270
	<b>4. Fristverlängerungen</b>			
	a)	Verlängerung der Frist, deren Ablauf einen neuen Antrag auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Genehmigung, Erlaubnis, Befreiung, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung erforderlich machen würde		10 Prozent bis 25 Prozent der für die Genehmigung, Erlaubnis, Befreiung, Zulassung, Verleihung oder Bewilligung vorgesehenen Gebühr, mindestens 10
	b)	Verlängerung einer Frist in anderen Fällen		10–40
	<b>5. Erteilung einer Zweitschrift</b>			
	a)	Erteilung einer Zweitschrift		10 Prozent bis 50 Prozent der für die Erstschrift vorgesehenen Gebühr, mindestens 10  Anmerkung: Ist die Erteilung der Erstschrift gebührenfrei, beträgt die Gebühr 0,75 je angefangene Seite, mindestens jedoch 10.

Lfd. Nr.	Tarif- stelle	Gegenstand	Einheit	Verwaltungsgebühren und Auslagen in Euro
II. Auslagen	<b>1. Bereitstellung von Vervielfältigungen (Abschriften oder Ausfertigungen)</b>			
	<b>A In Papierform Schwarz/weiß, ohne Berücksichtigung der Art der Herstellung</b>			
	a)	für die ersten 50 Seiten (bis Format DIN A4)	je Seite	0,50
	b)	im Format DIN A3	je Seite	0,75
	c)	für jede weitere Seite (bis Format DIN A4)	je Seite	0,15
	d)	für jede weitere Seite im Format DIN A3	je Seite	0,25
	<b>B In Papierform Farbe, ohne Berücksichtigung der Art der Herstellung</b>			
	a)	für die ersten 50 Seiten (bis Format DIN A4)	je Seite	1,00
	b)	im Format DIN A3	je Seite	1,25
	c)	für jede weitere Seite (bis Format DIN A4)	je Seite	0,40
	d)	für jede weitere Seite im Format DIN A3	je Seite	0,50
	<b>C In elektronischer Form</b>			
	a)	sofern die Datei bereits in elektronischer Form vorhanden ist	je Datei	1,50
	b)	soweit zur Bereitstellung einer Vervielfältigung in elektronischer Form Dokumente zuvor von der Papierform in die elektronische Form übertragen werden müssen		wie Tarifstelle II, 1., lit. A in schwarz/weiß
	c)	wenn die Datei auf einem Datenträger versandt wird	je Datenträger	5
<b>2. Anfertigung einer besonders zeitraubenden und kostspieligen Ausfertigung oder Abschrift</b>				
	a)	Anfertigung einer besonders zeitraubenden und kostspieligen Ausfertigung oder Abschrift		Die Auslagen nach der Tarifstelle II, 1., lit. A, können bis auf das Fünffache erhöht werden.
<b>3. Bereitstellung gegenüber in § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 SächsVwKG genannten juristischen Personen (§ 12 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 SächsVwKG findet entsprechende Anwendung)</b>				
	a)	Bereitstellung gegenüber in § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 SächsVwKG genannten juristischen Personen (§ 12 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 SächsVwKG findet entsprechende Anwendung)		auslagenfrei

# **Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Beschlussfassungen der Verbandsversammlung zur Stadt Kirchberg in der Sitzung vom 15. September 2023**

**Vom 9. Oktober 2023**

Der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau gibt nachfolgende Beschlussfassungen Nummer 22/2023 bis 28/2023 der Verbandsversammlung aus der Sitzung vom 15. September 2023 bekannt:

## **Beschluss Nummer: 22/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 0701 Burkersdorf auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 22/2023 der Gemarkung 0701 Burkersdorf

- Datei „ABK 2023 Burkersdorf 0701 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
db0fef034446e52517a9d48407c3952b1a7ca52bc4bab1617e7055cb39f95c61  
und
- Datei „ABK 2023 Burkersdorf 0701 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
7b47e7cc4705f8757cab388f95817604649a8261fcca6a6cd3c3eb567460ab7

## **Beschluss Nummer: 23/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 0702 Cunersdorf auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 23/2023 der Gemarkung 0702 Cunersdorf

- Datei „ABK 2023 Cunersdorf 0702 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
dfceeb9b31119fb7755c70747d1de0fee4d55575e1fee024486bbf34c2f765e9  
und
- Datei „ABK 2023 Cunersdorf 0702 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
9e775f7ac79279a59baf04a525cba8d9a6b00554799d17be09dba6b1b503dcd9

## **Beschluss Nummer: 24/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 0703 Kirchberg auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 24/2023 der Gemarkung 0703 Kirchberg

- Datei „ABK 2023 Kirchberg 0703 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
aec7682030b7f44f35997ae6a4c74eb65b5c20276b3eed56a385362ff21d303c  
und
- Datei „ABK 2023 Kirchberg 0703 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
aaf98a1066d831edd005a0d6c36157e09b5eea4cb4e29174d8b031d91dd986ee

## **Beschluss Nummer: 25/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 0704 Leutersbach auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 25/2023 der Gemarkung 0704 Leutersbach

- Datei „ABK 2023 Leutersbach 0704 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
4e6a3f63d89ee027e7c1a038517b7225f3b997dd03e03950a42962bae4da47bb  
und
- Datei „ABK 2023 Leutersbach 0704 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
c0f67fa1b28ac47d5113a5b1934d66e82a6afa80085d8cb2cb73719c68e96fbc

## **Beschluss Nummer: 26/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 0705 Saupersdorf auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 26/2023 der Gemarkung 0705 Saupersdorf

- Datei „ABK 2023 Saupersdorf 0705 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
dbba2f8f80016b1325d58f79948fc02b2478f096f2b42e63c64d6a744ade5a09  
und
- Datei „ABK 2023 Saupersdorf 0705 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
84423c0c29e84ac0b2d53ff34b3b0405db30443325fb48efc7b17ea7b7db9e36

**Beschluss Nummer: 27/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 0706 Stangengrün auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

**Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 27/2023 der Gemarkung 0706 Stangengrün

- Datei „ABK 2023 Stangengrün 0706 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
80f87b88ea081f7f23072ab19d3a9fa046d889f1aa10c2c486fa02adbfeed31d  
und
- Datei „ABK 2023 Stangengrün 0706 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
f7880a542b7fd7047b61ee406ae2675fee5e56d6e20669530407d3e24a23f630

Zwickau, den 9. Oktober 2023

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau  
Steffen Ludwig  
Verbandsvorsitzender

**Hinweis:**

Die Einordnung der Grundstücke im Entsorgungsgebiet sowie eine Auflistung vorhandener öffentlicher Abwasseranlagen sind wesentlicher Inhalt der mit den Beschlüssen Nummer 22/2023 bis 28/2023 gefassten Pläne und Anlagenverzeichnisse.

Zwickau, den 9. Oktober 2023

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau  
Steffen Ludwig  
Verbandsvorsitzender

**Beschluss Nummer: 28/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 0707 Wolfersgrün auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

**Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 28/2023 der Gemarkung 0707 Wolfersgrün

- Datei „ABK 2023 Wolfersgrün 0707 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
effc4ac9b5f6ead1827a75c7487b38ff3885fe23201cb0d78ce497e8827a46ab  
und
- Datei „ABK 2023 Wolfersgrün 0707 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
da6001d13e47a7de1e139cf327cd40262dfe654eb747fc2514694b115b509e09

Das Abwasserbeseitigungskonzept liegt in der Geschäftsstelle des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau, Karl-Marx-Straße 12a in 08066 Zwickau, während der üblichen Geschäftszeiten zur kostenlosen Einsicht durch jedermann aus. Zusätzlich stehen die Mitarbeiter der Geschäftsstelle für Anfragen beziehungsweise weiterführende Informationen gern telefonisch unter 0375/283699-0 oder 0375/283699-20 sowie per E-Mail an [info@rzv-zwickau-werdau.de](mailto:info@rzv-zwickau-werdau.de) zur Verfügung.

## **Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau über die Beschlussfassungen der Verbandsversammlung zur Stadt Werdau in der Sitzung vom 15. September 2023**

**Vom 9. Oktober 2023**

Der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau gibt nachfolgende Beschlussfassungen Nummer 29/2023 bis 33/2023 der Verbandsversammlung aus der Sitzung vom 15. September 2023 bekannt:

### **Beschluss Nummer: 29/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 1501 Königswalde auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

#### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 29/2023 der Gemarkung 1501 Königswalde

- Datei „ABK 2023 Königswalde 1501 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
f4672b3631d3d6b0a83dd5b9855aec813699923b3c2b9647ea888a84adb4ccc5  
und
- Datei „ABK 2023 Königswalde 1501 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
d5ca30a70578e33d0700cf8d03c3c27fc3cf385ac8abc20f2821e0279165c5ff

### **Beschluss Nummer: 30/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 1502 Langenhessen auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

#### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 30/2023 der Gemarkung 1502 Langenhessen

- Datei „ABK 2023 Langenhessen 1502 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
44fed4b6fd0eefdda6790f48d440c3f2851167e62a3cd98ed047c3c74e3ecc3b  
und
- Datei „ABK 2023 Langenhessen 1502 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
16c85e07be348a654473a4c8b80479785a08b08490ee76f8356172c638fe8437

### **Beschluss Nummer: 31/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 1503 Leubnitz auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

#### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 31/2023 der Gemarkung 1503 Leubnitz

- Datei „ABK 2023 Leubnitz 1503 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
e55c7583d44ff7bf99d0456a6dbc6755be752700f78d6e394e74bba374039c6a  
und
- Datei „ABK 2023 Leubnitz 1503 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
e576106025439994100d96e91333ef101f6ed4b5d50653b8ac6913dcc923df7a

### **Beschluss Nummer: 32/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 1504 Steinpleis auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

#### **Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 32/2023 der Gemarkung 1504 Steinpleis

- Datei „ABK 2023 Steinpleis 1504 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
812582cbe35a10cd0dfe77ebc50c79f7562cc19c645a785a49650bfed9db6064  
und
- Datei „ABK 2023 Steinpleis 1504 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
03e0c57edff65149669f08205d7cd200a174c31c56c3fa3717453746c06eb1de

**Beschluss Nummer: 33/2023**

Die Verbandsversammlung beschließt die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für die Gemarkung 1505 Werdau auf Basis der in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten und mit Hash-Wert bestimmten Dateien.

**Anlage:**

Übersicht der Dateien und Hashwerte zum Beschluss 33/2023 der Gemarkung 1505 Werdau

- Datei „ABK 2023 Werdau 1505 Plan 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
708f5a5312a1b11c8e89a173d0f090d1ace843ae6f526a9fc630960573001cac  
und
- Datei „ABK 2023 Werdau 1505 Anlagenverzeichnis 20.08.2023“ mit dem Hash-Wert (Version SHA-256)  
b9db1c8939f49178e67aad6d9c62995070816fa87609ceeece09a60c0a2f3e2

Zwickau, den 9. Oktober 2023

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau  
Steffen Ludwig  
Verbandsvorsitzender

**Hinweis:**

Die Einordnung der Grundstücke im Entsorgungsgebiet sowie eine Auflistung vorhandener öffentlicher Abwasseranlagen sind wesentlicher Inhalt der mit den Beschlüssen Nummer 29/2023 bis 33/2023 gefassten Pläne und Anlagenverzeichnisse.

Das Abwasserbeseitigungskonzept liegt in der Geschäftsstelle des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau, Karl-Marx-Str. 12a in 08066 Zwickau, während der üblichen Geschäftszeiten zur kostenlosen Einsicht durch jedermann aus. Zusätzlich stehen die Mitarbeiter der Geschäftsstelle für Anfragen beziehungsweise weiterführende Informationen gern telefonisch unter 0375/283699-0 oder 0375/283699-20 sowie per E-Mail an [info@rzv-zwickau-werdau.de](mailto:info@rzv-zwickau-werdau.de) zur Verfügung.

Zwickau, den 9. Oktober 2023

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau  
Steffen Ludwig  
Verbandsvorsitzender

# **Bekanntmachung der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)**

**Vom 27. September 2023**

Aufgrund von

- §§ 3, 9, 12 und 66 der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist,
- §§ 2 und 9 des Sächsischen Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsKrWBodSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2019 (SächsGVBl. S. 187),
- §§ 1, 2, 4 und 9 bis 16 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist,
- der Verbandsatzung des ZAOE vom 10. Dezember 2014 (SächsABl. 2015 S. 592) in der Fassung der 4. Änderungsatzung vom 24. März 2021 (SächsABl. 886), genehmigt mit Bescheid vom 24. Juni 2021 und
- § 43 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE vom 29. November 2022 i. V. m. Beschluss(-vorlage) VV 8/23 „Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE“ der Verbandsversammlung am 27. September 2023

hat die Verbandsversammlung des ZAOE in ihrer Sitzung am 27. September 2023 folgende Neufassung der Abfallgebührensatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) beschlossen:

## **Teil 1**

### **Allgemeine Bestimmungen**

#### **§ 1**

#### **Geltungsbereich/Grundsatz**

(1) Diese Abfallgebührensatzung gilt für das Verbandsgebiet des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE).

(2) Der ZAOE erhebt für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung der Abfallentsorgung nach dem Prinzip der Kostendeckung Abfallentsorgungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

## **Teil 2**

### **Private Haushalte (Einsammeln und Befördern)**

#### **Abschnitt I**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

#### **§ 2**

#### **Gebührensschuldner**

(1) Gebührensschuldner für die Abfallentsorgungsgebühren ist der Eigentümer des an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücks (nachfolgend Grundstückseigentümer).

(2) Ist ein Erbbauberechtigter oder ein Nießbraucher im Sinne des Grundbuchs vorhanden, kann dieser Gebührensschuldner sein.

(3) Tritt an die Stelle eines Grundstückseigentümers eine Gemeinschaft von Wohnungseigentümern im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, wird die Gebühr einheitlich gegenüber der Wohnungseigentümergeinschaft festgesetzt. Der ZAOE kann die Gebühren in Teilgebührenbescheiden festsetzen, sofern und soweit die tatsächliche Situation vor Ort einer solchen bei selbstständigen Grundstücken entspricht. Dies gilt insbesondere, wenn die Wohnung bzw. das Sondereigentum in vollständig voneinander unabhängigen getrennten Gebäuden oder vollständig voneinander unabhängigen und getrennten Hauseingängen liegen. Ist von der Wohnungseigentümergeinschaft ein Verwalter bestellt, wird der Gebührenbescheid an den Verwalter bekanntgegeben. In den sonstigen Fällen (verwalterlos) wird der Gebührenbescheid nach Ermessen zu Händen an einen Miteigentümer der Wohnungseigentümergeinschaft als Bekanntgabeadressat zugestellt.

(4) Nutzen mehrere Grundstückseigentümer einen Abfallbehälter ist § 25 Absatz 2 der Abfallwirtschaftssatzung zu beachten. Der Zusammenschluss zu dieser Abfallgemeinschaft ist beim ZAOE gemeinsam zu beantragen. Die Grundstückseigentümer erklären in ihrem Antrag, wer Adressat der Festsetzung der Abfallgebühren und Empfangsbevollmächtigter des Gebührenbescheides sein soll.

(5) Gebührenschuldner der Festgebühr, der Behältergebühr und der Entleerungsgebühr für Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten gemäß § 6 dieser Satzung, der Servicegebühr „Behälterzubehör“ gemäß § 12 Absatz 2 dieser Satzung sowie der Behälterwechselgebühr gemäß § 12 Absatz 3 dieser Satzung ist grundsätzlich der Eigentümer des Grundstücks. Abweichend davon kann:

- der Inhaber des Betriebes oder der Träger der Einrichtung, in dessen Betrieb oder Einrichtung die Abfälle anfallen,
  - der Abfallbesitzer und -erzeuger,
  - im Falle der Entsorgung von Abfällen aus Kleingärten, die Kleingartenorganisation, sofern diese rechtsfähig und Zwischenpächter im Sinne des § 4 Absatz 2 Bundeskleingartengesetz ist,
  - im Falle der Entsorgung von Abfällen von Erholungs- und Gartengrundstücken außerhalb von Kleingartenanlagen der Mieter oder Pächter oder der auf Grund eines ähnlichen Rechtsverhältnisses zur Nutzung des Grundstücks Berechtigte
- Gebührensschuldner sein.

(6) Bei der Nutzung befristet angemeldeter Abfallbehälter gemäß § 29 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE und § 4 Absatz 5 dieser Satzung ist der jeweilige Antragsteller Gebührensschuldner.

(7) Gebührensschuldner der Gebühr für Leistungen zur Abholung von Sperrmüll oder Elektroaltgeräten vom Grundstück gemäß § 35 Absatz 3 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE und § 12 Absatz 1 dieser Satzung (Servicegebühr „Abholung vom Grundstück“) ist derjenige, der die Abholung vom Grundstück in Auftrag gegeben hat.

(8) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen in einer Abfallentsorgungsanlage oder an einer vom ZAOE bekanntge-

gebenen Sammelstelle ist der Anlieferer der Abfälle Gebührenschuldner.

(9) Für die bei Verwendung von zugelassenen Restabfallsäcken zu entrichtende Gebühr und die bei der Verwendung von Säcken für die Anlieferung von Asbestabfällen (Asbestsäcke) zu entrichtende Pfandgebühr ist jeweils der Erwerber der Säcke Gebührenschuldner.

(10) Gebührenschuldner ist auch der, dessen unzulässig behandelte, gelagerte oder abgelagerte Abfälle durch den ZAOE entsorgt werden.

(11) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

### § 3

#### Auskunfts- und Mitteilungspflichten

(1) Gebührenschuldner und ihre Beauftragten sowie die für die Gebührenschuld Haftenden sind verpflichtet, Auskünfte und Erklärungen über alle für die Gebührenerhebung maßgeblichen Umstände in der geforderten Form abzugeben.

(2) Änderungen der Personenzahl, die während eines Kalenderjahres eintreten, sind durch den Gebührenschuldner unverzüglich mitzuteilen und auf Verlangen nachzuweisen.

(3) Sofern die für die Gebührenerhebung erforderlichen Angaben nicht oder nur unzureichend gemacht werden, nimmt der ZAOE die Gebührenveranlagung auf der Grundlage der ihm vorliegenden Daten vor.

(4) Im Falle dessen, dass der ZAOE selbst tätig werden muss, werden die entstandenen Kosten und Aufwendungen den Verpflichteten im Sinne des Absatz 1 entsprechend der Verwaltungskostensatzung des ZAOE gegenüber festgesetzt.

### § 4

#### Entstehen der Gebührenpflicht

(1) Die Gebührenpflicht für die Festgebühr, die Behältergebühr, die Mindestentleerungsgebühr und die Servicegebühr „Behälterzubehör“ entsteht mit der Bereitstellung des Abfallbehälters auf dem anzuschließenden Grundstück durch den ZAOE oder dessen Beauftragte und beginnt mit dem Monatsersten, der auf die Bereitstellung des Behälters folgt. Danach entsteht die Gebührenpflicht mit Beginn eines jeden folgenden Kalenderjahres (Erhebungszeitraum).

(2) Wird ein Grundstück im Laufe eines Kalenderjahres an die Abfallentsorgung angeschlossen, gilt Absatz 1 entsprechend. Gleiches gilt, wenn das Grundstück zwangsweise an die Abfallentsorgung angeschlossen wird. In diesem Fall wird für jeden vollen Kalendermonat, für den die Gebührenpflicht besteht, ein Zwölftel der Festgebühr, der Behältergebühr und der Servicegebühr „Behälterzubehör“ berechnet.

(3) Für die Entleerungsgebühr entsteht die Gebührenpflicht mit jeder in Anspruch genommenen Entleerung eines Behälters.

(4) Für die Servicegebühr „Abholung vom Grundstück“ entsteht die Gebührenpflicht mit jeder Inanspruchnahme von Leistungen zur Abholung von Abfällen vom Grundstück.

(5) Die Gebührenpflicht für die Servicegebühr „Behälterdienst“ entsteht mit Beauftragung des Antrags im ZAOE.

(6) Die Gebührenpflicht für die Nutzung befristet angemeldeter Abfallbehälter gemäß § 29 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE und § 4 Absatz 5 dieser Satzung entsteht mit der Bereitstellung der Behälter.

(7) Die Gebührenpflicht für die Nutzung von Abfallsäcken und Säcken für die Anlieferung von Asbestabfällen (Asbestsäcke) entsteht mit dem Erwerb der Säcke.

(8) Bei der Entsorgung rechtswidrig abgelagerter Abfälle entsteht die Gebührenpflicht mit der Entfernung der Ablagerung.

### § 5

#### Ende der Gebührenpflicht

(1) Wird das angeschlossene Grundstück nicht mehr bewohnt oder fällt auf dem angeschlossenen Grundstück aus sonstigen Gründen kein Abfall mehr an, endet die Gebührenpflicht mit Ablauf des jeweiligen Monats, frühestens aber mit der Abmeldung des Grundstücks nach Maßgabe der jeweils gültigen Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE. Bei der Entleerungsgebühr endet die Gebührenpflicht mit der Abholung des Abfallbehälters und der damit verbundenen letztmaligen Entleerung (Hofkippung).

(2) Die Abmeldung des angeschlossenen Grundstücks sowie jegliche Bestandsänderungen (Größe und oder Anzahl der Behälter) hat rechtzeitig, d.h. grundsätzlich mit einer Vorlaufzeit von 14 Tagen zu erfolgen. Die Gebührenpflicht endet mit Abholung der jeweiligen oder einzelnen Behälter, je nach Auftrag, an dem Grundstück, frühestens jedoch mit dem Monatsletzten, der auf die Abholung des Behälters folgt.

## Abschnitt II

### Grundlagen der Bemessung (Sammlung)

### § 6

#### Bemessung der Festgebühr, Behältergebühr und Entleerungsgebühr

(1) Die Gebühr für die Entsorgung von Abfall aus Haushalten und anderen Herkunftsbereichen mit Abfallbehältern setzt sich aus der Festgebühr, einer Behältergebühr für Abfallbehälter und der Entleerungsgebühr zusammen.

(2) Die Festgebühr für die Entsorgung von Abfällen aus Haushalten richtet sich nach der Anzahl der zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenpflicht mit Hauptwohnsitz bzw. mit alleinigem Wohnsitz auf einem Grundstück gemeldeten Personen. Ist auf einem zu Wohnzwecken genutzten Grundstück keine Person mit Hauptwohnsitz gemeldet, wird für die Berechnung der Festgebühr eine Person zu Grunde gelegt. Der Gebührenpflichtige ist anzeigepflichtig zur Anzahl der auf dem Grundstück gemeldeten Personen. Eine durch den Gebührenschuldner angezeigte Änderung der Personenzahl wird rückwirkend nur für das Kalenderjahr, in dem die Mitteilung erfolgt ist, berücksichtigt.

(3) Im Falle einer Festsetzung der Gebühren für Haushalte nach § 2 Nr. 9 b) Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE wird die Festgebühr analog wie nachfolgend entsprechend der aus anderen Herkunftsbereichen festgelegt.

Die Festgebühr für die Entsorgung aus anderen Herkunftsbereichen wird als Anschlussgebühr pro Behälter und Kalenderjahr erhoben.

Die Festgebühr ermittelt sich aus den

- a) anteiligen Kosten für die Sammlung und den Transport sowie die Verwertung von Grünabfällen,
- b) anteiligen Kosten für Sammlung und Transport sowie Verwertung von Weihnachtsbäumen,
- c) anteiligen Kosten für die Sammlung und die Beförderung von Papier/Pappe/Kartonagen (kommunaler Anteil),
- d) Kosten für die Verwertung von Papier/Pappe/Kartonagen (kommunaler Anteil),
- e) Kosten für die Sammlung und die Beförderung von Elektroaltgeräten zu Übergabestellen gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz,
- f) Kosten für die Sammlung, die Beförderung (mit mobilen Sammelfahrzeugen) und die Verwertung/Beseitigung von Schadstoffen,
- g) anteiligen Verwaltungskosten für die Durchführung der Abfallentsorgung, Öffentlichkeitsarbeit usw.,
- h) Kostenüberdeckungen im Sinne des § 10 Absatz 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes,
- i) Nachsorge- und Rekultivierungsaufwendungen im Sinne des § 11 Absatz 2 Ziffer 4 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes.

(4) Die Behältergebühr umfasst die Kosten für die

- a) Bereitstellung und Bewirtschaftung der Abfallbehälter,
- b) die Bewirtschaftung der Behälterlager in Gröbern und Pirna-Copitz,
- c) anteiligen Kosten für die Sammlung und Beförderung von Bioabfällen sowie Papier/Pappe/Kartonagen (kommunaler Anteil)

und bestimmt sich aus dem Fassungsvermögen der Abfallbehälter.

(5) Die Entleerungsgebühr für Restabfall aus Haushalten und anderen Herkunftsbereichen wird durch das Fassungsvermögen der Abfallbehälter und die Zahl der in Anspruch genommenen Entleerungen bestimmt.

Die Entleerungsgebühr ermittelt sich aus den

- a) anteiligen Kosten für die Sammlung, die Beförderung, die Behandlung (hier Umladen/Umschlagen) und die Verwertung/Beseitigung von Restabfällen,
- b) Kosten für die Sammlung, die Beförderung, den Umschlag und die Verwertung von Sperrmüll,
- c) Kosten der Sammlung, Beförderung und Verwertung sonstiger Abfälle bzw. Wertstoffe,
- d) anteiligen Verwaltungskosten für die Durchführung der Abfallentsorgung,
- e) Betriebskosten für die Unterhaltung der Abfallentsorgungsanlagen (Umladestationen, Wertstoffhöfe).

(6) Für die Entsorgung aus Haushalten wird zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entsorgung und der Deckung der Festkosten für die Abfuhr der Restabfallbehälter eine Mindestentleerungsgebühr erhoben, die auf Grund eines Abfallvolumens von zwei Litern je Person und Woche berechnet wird.

(7) Für die Entsorgung aus anderen Herkunftsbereichen wird zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entsorgung und der Deckung der Festkosten für die Abfuhr der Restabfallbehälter eine Mindestentleerungsgebühr erhoben, die aufgrund einer Leerung jedes am Grundstück bereitstehenden Restabfallbehälters im Quartal berechnet wird.

(8) Für die Entsorgung aus anderen Herkunftsbereichen gilt, dass bei Nutzung eines Restabfallbehälters in einem

Grundstück, welches sowohl zu Wohnzwecken als auch zu sonstigen Zwecken genutzt wird, neben der Gebühr für den Wohnbereich nur die Festgebühr für das Gewerbe nach Anlage 1, Ziffer 1 dieser Satzung (die Gebühr für den kleinsten Restabfallbehälter) zu entrichten ist, soweit das Behältervolumen für das Grundstück insgesamt ausreicht und dies vom Gebührenschuldner nachgewiesen wird. Die Erhebung einer Entleerungsgebühr für den gewerblichen Bereich entfällt.

(9) Die Entleerungsgebühr für Bioabfall aus Haushalten und anderen Herkunftsbereichen wird durch das Fassungsvermögen der Abfallbehälter und die Zahl der in Anspruch genommenen Entleerungen bestimmt.

Die Entleerungsgebühr ermittelt sich aus den anteiligen Kosten für die Sammlung, die Beförderung und die Verwertung von Bioabfällen.

## § 7 Gebührenfreistellung

Bei Familien mit mehr als zwei Kindern bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (bzw. solange eine Kindergeldberechtigung besteht) entfällt für das dritte und jedes weitere Kind auf Antrag die Zahlung der Festgebühr. Das Mindestentleerungsvolumen nach § 6 Absatz 5 dieser Satzung verringert sich analog der neu anzusetzenden Personenzahl.

## § 8 Gebührensätze

(1) Die Gebührensätze ergeben sich grundsätzlich aus Anlage 1 dieser Abfallgebührensatzung.

(2) Für die Entsorgung mittels Restabfallbehältern, die gemäß § 29 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE für einen befristeten Zeitraum bis höchstens vier Wochen aus besonderem Anlass (Veranstaltungen, Märkte, Ortsfeste u. ä.) bereitgestellt werden, erhebt der ZAOE anstelle der Festgebühr (§ 6 Absatz 2) und der Behältergebühr (§ 6 Absatz 3) für die gesamte Dauer der Bereitstellung Gebühren nach Maßgabe aus Anlage 1, Ziffer 7 dieser Abfallgebührensatzung.

(3) Wird ein Wohngrundstück vorübergehend wegen Baumaßnahmen oder aus anderen Gründen nicht bewohnt, der Abfallbehälter auf dem Grundstück aber weiter vorgehalten, so ist für den Zeitraum der Nutzungsunterbrechung die Festgebühr für lediglich eine Person nach Anlage 1, Ziffer 1 zu entrichten. Der Gebührenschuldner hat dem ZAOE Beginn und Ende der Nutzungsunterbrechung unverzüglich anzuzeigen.

(4) Werden in einem Bioabfallbehälter bei der Entleerung Verunreinigungen, insbesondere nicht kompostierbare Stoffe, festgestellt, wird der Behälter als Restabfallbehälter geleert, so dass hierfür die entsprechende Entleerungsgebühr gemäß Anlage 1, Ziffer 3 dieser Satzung anfällt. Dies gilt auch bei der Entleerung von verunreinigten PPK-Behältern. Bei Bioabfallbehältern mit einem Fassungsvermögen von 60 Litern wird die Entleerungsgebühr eines Restabfallbehälters mit 80 Liter Fassungsvermögen berechnet.

(5) Die Berechnung der Entleerungsgebühr nach Anlage 1, Ziffern 3 und 5 sowie nach Absatz 4 erfolgt auf der Grundlage der auf elektronischem Wege erfassten Anzahl der durchgeführten Entleerungen. Dies gilt auch, wenn die Entleerung des Abfallbehälters wegen angehafteten, zu

stark verdichteten oder angefrorenen Inhalts nur teilweise erfolgen konnte.

## § 9

### Gebührenfestsetzung

(1) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid für das Grundstück und Nutzungsart festgesetzt.

(2) Mit dem Gebührenbescheid werden die Gebühren für das vorangegangene Kalenderjahr (Jahresendabrechnung) sowie Abschlagszahlungen für das laufende Kalenderjahr festgesetzt. Bei einem Anschluss des Grundstücks an die Abfallentsorgung werden für das laufende Kalenderjahr lediglich die Abschlagszahlungen festgesetzt. Endet der Anschluss an die Abfallentsorgung, enthält der Bescheid lediglich die Endabrechnung für das laufende Kalenderjahr.

(3) Änderungsmitteilungen ziehen keinen Änderungsbescheid nach sich, sondern werden in der Jahresabrechnung des folgenden Jahresbescheides berücksichtigt. Der ZAOE kann jedoch im Einzelfall unterjährig einen Bescheid erlassen.

(4) Die Abschlagszahlungen werden in zwei gleichen Teilbeträgen erhoben. Ergeben sich aus der Jahresendabrechnung Über- oder Unterzahlungen, werden diese mit dem ersten Teilbetrag des Abschlags verrechnet bzw. nachgefordert. Betragen die Über- oder Unterzahlungen weniger als 5,00 EUR, werden diese erst mit dem zweiten Teilbetrag der Abschlagszahlung verrechnet bzw. nachgefordert. Der erste Teilbetrag wird zwei Wochen nach Bekanntgabe des Bescheids, der zweite Teilbetrag sechs Monate nach Bekanntgabe des Bescheids fällig, wenn nicht der ZAOE einen anderen Zeitpunkt bestimmt.

(5) a) Bei der Festsetzung des Abschlags für die Entsorgung von Abfall aus privaten Haushalten ermittelt sich die Festgebühr aus der Gebühr nach Anlage 1, Ziffer 1 dieser Satzung, multipliziert mit der Anzahl der auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen zum Tag der Berechnung des Gebührenbescheids. Die Behältergebühr ergibt sich nach Anlage 1, Ziffer 2 dieser Satzung. Die voraussichtliche Entleerungsgebühr für Restabfallentleerungen errechnet sich aus dem durchschnittlichen Abfallvolumen des Kalendervorjahres (Liter je Person und Woche), multipliziert mit der Anzahl der auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen und der Wochenzahl im Berechnungsjahr, wiederum multipliziert mit dem Gebührensatz pro Liter gemäß Anlage 1, Ziffer 4 dieser Satzung.

b) Die voraussichtliche Entleerungsgebühr für Bioabfallentleerungen errechnet sich aus dem durchschnittlichen Abfallvolumen des Kalendervorjahres (Liter je Person und Woche), multipliziert mit der Anzahl der auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz gemeldeten Personen und der Wochenzahl im Berechnungsjahr, multipliziert mit dem Gebührensatz pro Liter gemäß Anlage 1, Ziffer 6 dieser Satzung.

c) Sofern noch keine Berechnungsgrundlage nach Absatz 5 Buchstabe a) und b) für das Kalendervorjahr vorliegt, wird bei der Entleerungsgebühr das Mindestvolumen für Restabfallentleerungen nach § 6 Absatz 5 dieser Satzung zur Berechnung herangezogen. Das gilt auch dann für Buchstaben a) und b), wenn im Vorjahr das entleerte Volumen unter dem Mindestvolumen von 2 Litern blieb.

(6) a) Bei der Festsetzung des Abschlags für die Entsorgung von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als Haushalten ergibt sich die Festgebühr aus Anlage 1, Ziffer 1 dieser Satzung.

b) Die voraussichtliche Entleerungsgebühr für Bioabfallentleerungen errechnet sich aus dem entsorgten Abfallvolumen des Vorjahres, multipliziert mit der Entleerungsgebühr pro Liter Bioabfall des laufenden Berechnungsjahres nach Anlage 1, Ziffer 6 dieser Satzung.

c) Sofern noch keine Berechnungsgrundlage nach Absatz 6 Buchstabe a) und b) für das Vorjahr vorliegt, wird bei der Entleerungsgebühr die Mindestentleerungsgebühr nach § 6 Absatz 6 dieser Satzung zur Berechnung herangezogen. Das gilt auch dann für Buchstaben a) und b), wenn im Vorjahr das entleerte Volumen unter dem Mindestvolumen von 2 Litern lag.

(7) Die Gebühr für die Nutzung befristet angemeldeter Abfallbehälter gemäß Anlage 1, Ziffer 10 dieser Satzung wird nach der Abholung des Behälters durch Bescheid festgesetzt. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheids fällig.

(8) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen in Abfallentsorgungsanlagen und an vom ZAOE bekanntgegebenen Sammelstellen wird die Gebühr nach Maßgabe der §§ 13 bis 15 festgesetzt.

(9) Sepa-Lastschriftmandate werden grundsätzlich nur vom Gebührenschuldner im Sinne von § 2 dieser Satzung berücksichtigt.

## § 10

### Gebühreinnachforderung

Wird bekannt, dass ein Anschlusspflichtiger nach § 5 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE einer Mitteilungspflicht nach § 7 derselben Satzung nicht, nicht vollständig oder mit unrichtigen Angaben nachgekommen ist, erfolgt eine Gebühreinnachforderung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und dieser Satzung. Gebühreinnachforderungen werden insbesondere geltend gemacht bei

- unterlassenen, verspäteten oder unrichtigen Angaben der Personenzahl,
- Nutzung von nicht dem Grundstück zugeordneten gebührenrelevanten Abfallbehältern.

Die Gebühreinnachforderung erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Festsetzungsfrist für den Zeitraum des Bestehens der Gebührenpflicht.

## § 11

### Unterbrechung und Erschweris der Abfuhr

(1) Bei vorübergehender Einschränkung, Unterbrechung oder Verspätung der Abfuhr infolge von Betriebsstörungen, Baustellenbehinderungen, behördlichen Verfügungen, Streik, höherer Gewalt oder bei Verlegung des Zeitpunktes der Abfuhr besteht kein Anspruch auf Ermäßigung der Gebühr oder Schadensersatz.

(2) Die Rechtsfolge des Absatzes 1 tritt auch dann ein, wenn sich der Inhalt des Abfallbehälters aus Gründen, die der ZAOE bzw. das beauftragte Unternehmen nicht zu vertreten haben, ganz oder teilweise nicht entleeren lässt (z. B.

Einfrieren oder Anhaften des Behälterinhaltes, übermäßiges Verdichten).

### Teil 3 Sonstige Gebühren

#### § 12 Servicegebühren

(1) Die Servicegebühr „Abholung vom Grundstück“ wird für die Inanspruchnahme der Abholung von Sperrmüll und Elektroaltgeräten vom Grundstück erhoben und bemisst sich nach dem tatsächlichen Zeitaufwand in Zeiteinheiten (1 Zeiteinheit = 15 Minuten). Dabei wird jeweils die Zeit zwischen dem Eintreffen am Grundstück und der Beendigung des Verladens in das Entsorgungsfahrzeug berücksichtigt.

(2) Die Servicegebühr „Behälterzubehör“ wird für die Bereitstellung von Behälterzubehör (Behälter-Schließvorrichtungen) erhoben und bemisst sich nach der Anzahl der Behälterschließvorrichtungen, die in die Abfallbehälter für das Grundstück eingebaut worden sind.

(3) Die Servicegebühr Behälterdienst wird für das Einziehen, Aufstellen und Austauschen von Abfallbehältern erhoben und richtet sich nach der Anzahl der Aufträge gegenüber dem ZAOE. Werden je angefahrenem Grundstück mehrere Behälteraufträge gleichzeitig ausgeführt, wird die Servicegebühr „Behälterdienst“ nur einmal erhoben. Das gilt auch pro Anfahrt des Behälterdienstes für nachträglich anzubringendes Behälterzubehör.

(4) Die Erstgestaltung von Abfallbehältern bei Neuanschaffung sowie die Abholung der Abfallbehälter bei Abmeldung eines Grundstücks sind gebührenfrei. Eine Neuanschaffung liegt nicht vor, wenn der gleiche Grundstückseigentümer eine Anmeldung innerhalb eines halben Kalenderjahres vornimmt. Die Servicegebühr Behälterdienst wird ferner nicht erhoben, wenn Abfallbehälter auf Grund von Beschädigung oder Verlust ausgetauscht oder neu aufgestellt werden müssen und der ZAOE oder sein beauftragter Dritter dies zu vertreten haben.

(5) Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle bestimmt sich die Gebühr nach den im Einzelfall tatsächlich anfallenden Kosten. Dazu gehören zum Beispiel Kosten für Beförderung, Anfertigung von Analysen, Behandlung, Verwertung/Beseitigung und Verwaltungskosten.

(6) Die genannten Servicegebühren ergeben sich aus Anlage 2 zu dieser Satzung.

### Teil 4 Gebühren der Abfallentsorgungsanlagen

#### § 13 Gebühren für Selbstanlieferungen

(1) Die Benutzungsgebühren für Abfälle, die an den Abfallentsorgungsanlagen des ZAOE oder an vom ZAOE bekanntgegebenen Sammelstellen angeliefert werden, bestimmen sich nach dem Gewicht bzw. Volumen der angelieferten Abfälle bzw. nach der Anzahl der zu entsorgenden Gegenstände, dem Anlieferort sowie der erforderlichen Entsorgung und sind in der Anlage 3a zu dieser Satzung festgelegt. Die Mindestgebühr ergibt sich aus Anlage 3a zu dieser Satzung.

(2) Das Gewicht der Abfälle wird durch geeichte Waagen ermittelt. Soweit eine Wägeeinrichtung ausfällt, wird das Gewicht vom Personal der Abfallentsorgungsanlage geschätzt.

(3) Wird der Einsatz von Personal oder/und Technik des ZAOE aufgrund vorschriftswidriger oder zurückgewiesener Anlieferungen von Abfällen erforderlich, hat der Verursacher (Anlieferer) die Kosten dieses Einsatzes zu tragen. Die Berechnung erfolgt durch einen Gebührenbescheid. Dem Gebührenbescheid sind unter Berücksichtigung der erforderlichen Dauer des Einsatzes pro Mitarbeiter der Kosten- und Leistungsrechnung gemäß Anlage 3a, Ziffer 14 dieser Satzung zugrunde zu legen. Die Abrechnung der Zeiteinheiten erfolgt im Viertelstundentakt.

(4) Für die Anlieferung von Asbestabfällen können auf den Umladestationen und in der Geschäftsstelle des ZAOE Asbestsäcke gegen eine Hinterlegung erworben werden (Pfand). Das Pfand wird bei der Anlieferung der Asbestabfälle gegen Vorlage der Originalquittung zurückerstattet. Das Pfand wird gemäß Anlage 3a, Ziffer 15 dieser Satzung erhoben.

### § 14 Entstehen und Fälligkeit der Gebühren für Selbstanlieferungen

(1) Die Gebührenschuld entsteht im Falle des § 13 Absatz 1 mit der Überlassung der Abfälle in den Abfallentsorgungsanlagen bzw. an den vom ZAOE bekanntgegebenen Sammelstellen und im Falle des § 13 Absatz 4 mit dem Erwerb der Asbestsäcke.

(2) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt und mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

### § 15 Gebührenerhebung auf den Wertstoffhöfen

Die jeweils mit der Bewirtschaftung der Wertstoffhöfe gemäß Anlage 3b zu dieser Satzung beauftragten Dritten sind ermächtigt, auf den von ihnen jeweils bewirtschafteten Wertstoffhöfen im Namen des ZAOE in kommunalabgabenrechtlichen Verwaltungsverfahren Verwaltungsakte gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b) des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in Verbindung mit § 118 der Abgabenordnung zur Erhebung folgender Gebühren zu erlassen:

- Gebühren für die Anlieferung von Abfällen nach dieser Satzung,
- Gebühren für die Abgabe von Restabfallsäcken gemäß § 28 Absatz 1 der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE.

### Teil 5 Sonstige Vorschriften und Schlussbestimmungen

#### § 16 Umsatzsteuer

Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zugrunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, tritt zu diesen noch die Umsatzsteuer in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe hinzu.

**§ 17****Sprachliche Gleichstellung**

Bezeichnungen von Personen und Funktionen in dieser Satzung wurden zugunsten der besseren Lesbarkeit lediglich in männlicher Fassung formuliert. Sämtliche Personen- und Funktionsbezeichnungen, die männlich formuliert sind, gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

**§ 18****Rechtsvorschriften**

Die in dieser Satzung zitierten Rechtsvorschriften gelten in der jeweils gültigen Fassung.

**§ 19****Ordnungswidrigkeiten**

(1) Soweit eine Ordnungswidrigkeit gegeben ist, die nicht nach der Abfallwirtschaftssatzung des ZAOE verfolgt werden kann, handelt ordnungswidrig nach §§ 6 Absatz 2 und 47 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale

nale Zusammenarbeit und § 124 der Sächsischen Gemeindeordnung, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Absatz 1 dieser Satzung Auskünfte und Erklärungen über alle für die Gebührenerhebung maßgeblichen Umstände nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig abgibt.

(2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 können mit einer Geldbuße bis zu 500,00 EUR geahndet werden.

**§ 20****Nichtigkeitsklausel**

Wird ein Teil dieser Satzung für nichtig erklärt, behält die übrige Satzung ihre Gültigkeit, es sei denn, dass die Gesamtnichtigkeit festgestellt wird oder der ZAOE die Satzung ohne den nichtigen Teil nicht erlassen hätte.

**§ 21****Inkrafttreten**

Diese Abfallgebührensatzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Radebeul, ausgefertigt am 27. September 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal  
Michael Geisler  
Landrat und Verbandsvorsitzender

**Anlage 1**

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 8 Absatz 1 Abfallgebührensatzung

**Anlage 2**

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 12 Abfallgebührensatzung

**Anlage 3a**

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 13 Abfallgebührensatzung

**Anlage 3b**

Verzeichnis der Abfallentsorgungsanlagen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 15 der Abfallgebührensatzung

**Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 5 Absatz 3 und § 47 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:**

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

**Anlage 1**

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 8 Absatz 1 Abfallgebührensatzung

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Gebührenbezeichnung</b>	<b>Gebührensatz</b>	
1.	Festgebühr gem. § 6 Absatz 2 für Haushalte  für andere Herkunftsbereiche Restabfallbehälter 80 l Restabfallbehälter 120 l Restabfallbehälter 240 l Restabfallbehälter 660 l Restabfallbehälter 1.000 l	23,16 EUR/Person/Jahr  30,48 EUR/Jahr 38,52 EUR/Jahr 66,00 EUR/Jahr 147,12 EUR/Jahr 235,44 EUR/Jahr	1,93 EUR/Person/Monat  2,54 EUR/Monat 3,21 EUR/Monat 5,50 EUR/Monat 12,26 EUR/Monat 19,62 EUR/Monat
2.	Behältergebühr gem. § 6 Absatz 3 Abfallbehälter 60, 80 l Abfallbehälter 120 l Abfallbehälter 240 l Abfallbehälter 660 l Abfallbehälter 1.100 l	5,52 EUR/Jahr 8,52 EUR/Jahr 17,04 EUR/Jahr 46,80 EUR/Jahr 78,00 EUR/Jahr	0,46 EUR/Monat 0,71 EUR/Monat 1,42 EUR/Monat 3,90 EUR/Monat 6,50 EUR/Monat
3.	Leerungsgebühr Restabfall gem. § 6 Absatz 4 Restabfallbehälter 80 l Restabfallbehälter 120 l Restabfallbehälter 240 l Restabfallbehälter 660 l Restabfallbehälter 1.000 Restabfallsack 70 l	4,52 EUR/Leerung 6,78 EUR/Leerung 13,56 EUR/Leerung 37,28 EUR/Leerung 62,13 EUR/Leerung 4,00 EUR/Sack	
4.	für die Berechnung des Abschlages gem. § 9 Absatz 5 Buchstabe a (Restabfall) sowie der Mindestleerungsgebühr für Haushalte gem. § 6 Absatz 5	0,05649 EUR/Liter	
5.	Leerungsgebühr Bioabfallbehälter gem. § 6 Absatz 8 Bioabfallbehälter 60 l Bioabfallbehälter 120 l Bioabfallbehälter 240 l Bioabfallbehälter 660 l	1,36 EUR/Leerung 2,73 EUR/Leerung 5,45 EUR/Leerung 15,00 EUR/Leerung	
6.	für die Berechnung des Abschlages gem. § 9 Absatz 5 Buchstabe b (Bioabfall)	0,02272 EUR/Liter	
7.	Festgebühr für temporäre Gestellung (befristeter Zeitraum) gem. § 8 Absatz 2 Restabfallbehälter 80 l Restabfallbehälter 120 l Restabfallbehälter 240 l Restabfallbehälter 660 l Restabfallbehälter 1.000 l	44,68 EUR/Gestellung 47,01 EUR/Gestellung 54,10 EUR/Gestellung 92,11 EUR/Gestellung 117,46 EUR/Gestellung	

**Anlage 2**

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 12 Abfallgebührensatzung

<b>lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Gebührenhöhe</b>	
1.	<b>Servicegebühr für die Abholung vom Grundstück gem. § 12, Absatz 1</b> Sperrmüll Elektroaltgeräte	36,94 EUR je angefangener Zeiteinheit (15 Minuten) 22,70 EUR je angefangener Zeiteinheit (15 Minuten)	
2.	<b>Servicegebühr für Behälterdienst gem. § 12, Absatz 3</b>	10,25 EUR/Behälterauftrag und angefahrenem Grundstück	
3.	<b>Servicegebühr für Behälterzubehör gem. § 12, Absatz 2 (je Behälterschließvorrichtung)</b> 2- Radbehälter 4- Radbehälter	2,76 EUR/Jahr 3,48 EUR/Jahr	0,23 EUR/Monat 0,29 EUR/Monat

**Anlage 3a**

Gebührenverzeichnis des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 13 Abfallgebührensatzung

Position	Abfallbezeichnung	Mengeinheit (ME)	Gebühr [EUR/ME]	Mindestgebühr bis 200 kg [EUR]	Wertstoffhöfe mit Waage			Wertstoffhöfe								
					Saugrund	Kleincotta	Gröbern	Groptitz	Altenberg	Pirna-Copitz	Cunnersdorf	Großenhain	Meißen	Weinböhla	Neustadt/Sa.	Nossen
1.	<b>mineralische Bau- und Abbruchabfälle (Bauschutt)</b> z. B. Beton, Ziegel, Fliesen, Keramik, Boden, Steine															
	bis 0,5 m³	Anlieferung	27,50		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
	bis 1,0 m³	Anlieferung	55,00		x	x	x									
2.	<b>asbesthaltige Abfälle</b>	t	195,50	20,00	x	x	x									
3.	<b>mineralische Dämmmaterialien</b> ohne gefährliche Stoffe (außer Asbest) bis zu 3 m³															
		t	371,20	40,00	x	x	x									
4.	<b>nichtmineralische Bau- und Abbruchabfälle (Baumischabfälle)</b> z. B. Fenster, Türen, Rohre															
	bis 0,5 m³	Anlieferung	15,00		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
	bis 1,5 m³	Anlieferung	45,00		x	x	x									
5.	<b>Sperrmüll</b>	t	206,00	21,00	x	x	x									
6.	<b>sonstige überlassungspflichtige Abfälle</b> z. B. Abfälle aus Stadt- und Gemein- dereinigung, Abfälle aus Abwasserrei- nigung, Straßenkehricht, Abfälle aus Katastrophenentsorgung	t	206,00	21,00	x	x	x									
7.	<b>Grünabfälle</b> bis 1,0 m³															
		Anlieferung	5,00		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
	bis 3,0 m³	Anlieferung	15,00		x	x	x									
8.	<b>Stammholz, Wurzelstöcke</b> bis 50 cm Durchmesser															
	t	110,50	11,00	x	x	x										
9.	<b>Altreifen (bis zur Größe von PKW-/Motorradreifen)</b> ohne Felge															
	Stück	4,00		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
	mit Felge	Stück	8,50		x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	
10.	<b>HBCD-haltige Abfälle</b> haushaltstypische Mengen	t	2.031,75	200,00			x									
11.	<b>Sickerwasser</b>	t	19,00				x									
12.	<b>Fremdverwiegung</b> Hin- und Rückwiegung															
	Stück	9,60		x	x	x										
	Einfache Verwiegung	Stück	6,00		x	x	x									
13.	<b>Bitumenhaltige Abfälle (Dachpappe)</b> ohne teerhaltige und asbesthaltige Bestandteile bis max. 1,0 m³	t	397,00	40,00	x	x	x									
14.	<b>Einsatz von Personal/Technik</b>	Stunde	112,00		x	x	x	x		x						
15.	<b>Pfand für Asbestsäcke</b> <b>Bändchengewebesack</b> <b>Big Bags, Plattensack</b>	5,00 EUR/Stück 10,00 EUR/Stück			x	x	x									

**Anlage 3b**

Verzeichnis der Abfallentsorgungsanlagen des  
Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal gemäß § 15 Abfallgebührensatzung

**Wertstoffhöfe mit Waage**

- Kleincotta, Dohma, Cotta B 40, 01796 Dohma
- Saugrund, Schachtstraße 107, 01705 Freital
- Gröbern, Radeburger Straße 65, 01689 Niederau/OT Gröbern

**Wertstoffhöfe**

Betreibung durch ZAOE:

- Pirna-Copitz, Nordstraße 5, 01796 Pirna/OT Copitz
- Gropitz, Altweidaer Straße 2, 01594 Gropitz

Bewirtschaftung durch beauftragte Dritte:

- Meißen, Am Wall 7, 01662 Meißen
- Weinböhla, Spitzgrundstraße 32, 01689 Weinböhla
- Neustadt, Werner-von-Siemens-Straße 20, 01844 Neustadt
- Altenberg, Zinnwalder Straße 5, 01773 Altenberg (nur saisonal)
- Großenhain, Zum Fliegerhorst 9, 01558 Großenhain
- Nossen, Steinbuschstraße 40, 01683 Nossen
- Cunnersdorf, Lange Straße 77, 01768 Glashütte/OT Cunnersdorf

# Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal zu Jahresabschluss und Lagebericht 2022

**Vom 12. Oktober 2023**

Aufgrund von § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist sowie des § 27 der Verbandsatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE) vom 10. Dezember 2014 (SächsABl. 2015 S. 592), geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 20. April 2016 (SächsABl. S. 1079), geändert durch die 2. Änderungssatzung vom 4. Juni 2018 (SächsABl. S. 926), geändert durch die 3. Änderungssatzung vom 9. Mai 2019 (SächsABl. S. 1353), geändert durch die 4. Änderungssatzung vom 24. März 2021 (SächsABl. S. 886) wird bekannt gemacht:

Die Verbandsversammlung hat in der Sitzung am 27. September 2023 mit Beschluss VV 4/23 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Verbandsversammlung stellt den Jahresabschluss 2022 des Verbandes fest.
2. Die Verbandsversammlung beschließt folgende Ergebnis-/verwendungen/-umbuchungen:
  - Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 10.798.409,95 EUR setzt sich (kalkulatorisch) wie folgt zusammen:
    - Tilgung des Verlustvortrages (aus dem Kalkulationszeitraum 2017 - 2019) in Höhe von 1.033.186,14 EUR;
    - einem Jahresüberschuss im nicht gebührenfähigen Haushalt in Höhe von 826.439,07 EUR als Zuführung zur allgemeinen Rücklage;
    - Umbuchung in die Gebührenaussgleichsrückstellung für den Kalkulationszeitraum 2020 – 2022 (als Überschussvortrag aus 2022) in Höhe von 8.938.784,74 EUR
  - Umbuchung von 61.239,30 EUR aus der allgemeinen in die zweckgebundene Rücklage (Passivtausch)

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht 2022 vom

**27. Oktober 2023 - 7. November 2023**

in der Geschäftsstelle des ZAOE, Meißner Straße 151a/153, 01445 Radebeul jeweils Montag, Mittwoch und Freitag von 9:00 bis 12:00 Uhr sowie Dienstag und Donnerstag von 9:00 bis 12:00 Uhr und von 14:00 bis 18:00 Uhr öffentlich ausliegen.

## Anlage 1 (zum Beschluss VV 4/23)

1. die Feststellung des Jahresabschlusses
2. die Verwendung des Jahresgewinns/Behandlung des Jahresverlustes
 

im Gebührenhaushalt	1 033 186,14 EUR
	8 938 784,74 EUR
im nicht gebührenfähigen Haushalt	826 439,07 EUR

1	die Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1	Bilanzsumme	41 864 362,87 EUR
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	– das Anlagevermögen	35 054 397,03 EUR
	– das Umlaufvermögen	6 791 809,43 EUR
	– Rechnungsabgrenzungsposten	18 156,41 EUR
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite	
	– das Eigenkapital	13 755 778,95 EUR
	– die empfangenen Ertragszuschüsse	
	– die Rückstellungen	24 611 249,28 EUR
	– die Verbindlichkeiten	3 497 334,64 EUR
	– Rechnungsabgrenzungsposten	0 EUR
1.2	Jahresgewinn	10 798 409,95 EUR
1.2.1	Summe der Erträge	50 067 886,03 EUR
1.2.2	Summe der Aufwendungen	39 269 476,08 EUR
2	Verwendung des Jahresgewinns/Behandlung des Jahresverlustes	
2.1	bei einem Jahresgewinn:	
	a) zur Tilgung des Verlustvortrages	1 033 186,14 EUR*
	b) zur Einstellung in Rücklagen	826 439,07 EUR*
	c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde	
	d) auf neue Rechnung vorzutragen	
2.2	bei einem Jahresverlust:	
	a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
	b) aus dem Haushalt der Gemeinde auszugleichen	
	c) auf neue Rechnung vorzutragen	8 938 784,74 EUR*

\* Die Summe der Beträge ergibt den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss.

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE)

## Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Oberes Elbtal, Radebeul für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalge-

sellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in Verbindung mit den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31.12.2022 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022 und vermittelt der beigelegte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

#### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB in Verbindung mit den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen. -

#### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzt dazu den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der

Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die für die Überwachung Verantwortlichen sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbandes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

#### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB in Verbindung mit § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, plane und führe Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlange Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvoll-

ständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteile ich die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteile ich Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben

sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.

- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.“

Bautzen, 30. Juni 2023

Dirk Urban  
Wirtschaftsprüfer

Radebeul, den 12. Oktober 2023

Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal  
Michael Geisler  
Landrat und Verbandsvorsitzender

## **Bekanntmachung des Zweckverbandes Sächsisches Industriemuseum über die Durchführung der 101. Sitzung der Verbandsversammlung**

**Vom 9. Oktober 2023**

### **Tagesordnung der 101. Sitzung der Verbandsversammlung**

Die 101. Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sächsisches Industriemuseum findet am 8. November 2023, 10:00 Uhr, in der Energiefabrik Knappenrode, Werminghoffstraße 20, 02977 Hoyerswerda/OT Knappenrode, statt.

#### **Öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagungsordnung und Festlegung von zwei Verbandsräten zur Unterzeichnung der Sitzungsniederschrift
3. Bestätigung der Niederschrift der 100. Sitzung der Verbandsversammlung
4. Berichte über Ereignisse und Entwicklungen in den Museen und der Geschäftsstelle des Zweckverbandes seit Mai 2023
5. Beratung und Beschluss Nummer 05/23: Entscheidung über die Annahme von Zuwendungen nach § 73 Absatz 5 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, für den Zeitraum vom 3. Mai bis 4. Oktober 2023.
6. Beratung und Beschluss Nummer 06/23: Integration Besucherbergwerk Zinngrube Ehrenfriedersdorf GmbH in den Zweckverband „Sächsisches Industriemuseum“
7. Beratung und Beschluss Nummer 07/23: Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan für das Jahr 2024
8. Verschiedenes

Chemnitz, 9. Oktober 2023

Zweckverband Sächsisches Industriemuseum  
Silke Franzl  
Verbandsvorsitzende

# **Bekanntmachung des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA) zu dem Jahresabschluss 2022**

**Vom 12. Oktober 2023**

Nach § 34 Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) werden die Beschlüsse der Versammlung des ZWA vom 25. August 2023 zum Jahresabschluss 2022 (Beschluss-Nummer 02/17/07/23, TOP 7), zur Entlastung des Verbandsvorsitzenden (Beschluss-Nummer 02/22/12/23, TOP 12), die Handhabung des Jahresfehlbetrages aus dem Jahr 2022 für die Sparte Abwasser (Beschluss-Nummer 02/20/10/23, TOP 10) sowie des Jahresüberschusses aus dem Jahr 2022 für die Sparte Wasserversorgung (Beschluss-Nummer 02/21/11/23, TOP 11) wie folgt bekannt gemacht:

1. Der Jahresabschluss sowie der Lagebericht 2022 vom 21. Juni 2023 werden durch die Versammlung mit folgenden Eckwerten festgestellt:

• Bilanzsumme	344.948 T€
• Jahresüberschuss	509 T€
• Anlagevermögen Trinkwasser	192.253 T€ (AHK)
• Anlagevermögen Abwasser	423.826 T€ (AHK)
• Anlagevermögen gemeinsam genutzte Anlagen	10.529 T€ (AHK)
• Restbuchwert Trinkwasser	90.694 T€
• Restbuchwert Abwasser	235.348 T€
• Restbuchwert für gemeinsam genutzte Anlagen	6.085 T€
• Umlaufvermögen	12.719 T€
• Rückstellung	3.868 T€
• Langfristige Verbindlichkeiten	132.071 T€

Die Teilabschlüsse Wasserversorgung (Beschluss-Nummer 02/18/08/23) zur Wasserversorgung sowie der Beschluss (02/19/09/23) Teilabschluss Abwasserentsorgung sind Bestandteil des Gesamtabchlusses.

2. Der Jahresabschluss und das Prüfungsergebnis sind entsprechend den Regelungen öffentlich auszulegen.
3. Das Jahresergebnis im Betriebszweig Abwasser als Fehlbetrag in Höhe von 1.066,7 T€ wird in den Betriebszweig Abwasser eingebucht. Der Überschussvortrag beträgt 46.158,7 T€. Dieser Fehlbetrag führt zur Minderung der v. g. Höhe des Überschussvortrages im Jahresabschluss 2023. Er führt weiterhin zur Minderung des Eigenkapitalanteiles des ZWA.
4. Das Jahresergebnis im Betriebszweig Wasserversorgung mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.575,2 T€ wird als zweckgebundene Rücklage in die Kalkulation eingestellt.

Bestandteil der Auslage sind die Beschlussprotokolle.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte euros gmbh, wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dresden, erteilt dem ZWA einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

## **G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks**

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

### **„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**

An den Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA), Hainichen

### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA), Hainichen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen (ZWA), Hainichen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind

von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

#### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbands zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

#### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der

zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbands abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt,

dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt;

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbands;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

#### H. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgs- vorland“ Hainichen (ZWA), Hainichen, und des Lageberichts für dieses Geschäftsjahr sowie über die Prüfung gemäß § 53 HGrG erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf (IDW PS 450 n. F.).

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgs- vorland“ Hainichen (ZWA), Hainichen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dresden, 21. Juni 2023

eureos gmbh  
wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jäkel  
Wirtschaftsprüfer“

Dresden, 21. Juni 2023

eureos gmbh  
wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jäkel  
Wirtschaftsprüfer“

Der Jahresabschluss des Jahres 2022 mit Lagebericht wird öffentlich ausgelegt in der Zeit vom **30. Oktober 2023 bis 8. November 2023** an den Tagen von

Montag bis Mittwoch	von	9:00 Uhr–15:00 Uhr
Donnerstag	von	9:00 Uhr–17:00 Uhr
Freitag	von	9:00 Uhr–12:00 Uhr

im Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgs- vorland“ Hainichen, Haus A, Raum 3.25, Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen.

Hainichen, den 12. Oktober 2023

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgs- vorland“  
Ronny Hofmann  
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung  
des Planungsverbandes Region Chemnitz  
über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung  
für das Haushaltsjahr 2024**

**Vom 12. Oktober 2023**

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Planungsverbandes Region Chemnitz für das Haushaltsjahr 2024 liegt in der Zeit vom 27. Oktober 2023 bis zum 7. November 2023 während der Dienststunden in der Verbandsgeschäftsstelle

des Planungsverbandes Region Chemnitz in 08056 Zwickau, Werdauer Straße 62, Haus 4, Zimmer 259 aus. Einwohner und Abgabepflichtige können bis zum Ablauf des 16. November 2023 Einwendungen gegen den Entwurf erheben.

Zwickau, den 12. Oktober 2023

Planungsverband Region Chemnitz  
Dirk Neubauer  
Landrat und Verbandsvorsitzender

# **Bekanntmachung des Abwasserverbandes Rödertal zur 3. öffentlichen Versammlungsversammlung 2023**

**Vom 11. Oktober 2023**

Die nächste öffentliche Versammlungsversammlung des Abwasserverbandes Rödertal findet am **Freitag, dem 3. November 2023, 10:00 Uhr**, im Rathaus der Gemeinde Ottendorf-Okrilla, Radeburger Straße 34 in Ottendorf-Okrilla im Ratssaal statt.

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der 2. öffentlichen Versammlungsversammlung 2023 vom 15. September 2023
4. Sachstand Kanalnetzmodell
5. Betriebskostenabrechnung 2022
6. Beschluss zum Wirtschaftsplan und der Haushaltssatzung 2024
7. Bericht Kooperationsbeirat
8. Informationen/Anfragen/Sonstiges

Ottendorf-Okrilla, den 11. Oktober 2023

Abwasserverband Rödertal  
Pfeiffer  
Verbandsvorsitzender

# Gerichte

## Aufgebotsverfahren

**Amtsgericht Chemnitz**  
**Aktenzeichen: 1 II 24/23**

In dem Aufgebotsverfahren zur Ausschließung der Gläubiger des im Grundbuch des Amtsgerichts Chemnitz von Chemnitz, Blatt 21556 und Blatt 22152 jeweils in Abteilung III unter Nummer 2 eingetragenen Gesamtgrundschuld in Höhe von 1 000 000,00 Euro nebst 18 Prozent Zinsen jährlich, eingetragen für Udo Haustein und Manuela Hau-

stein, Chemnitz, wird der Ausschließungsbeschluss vom 12. Oktober 2023 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 12. Oktober 2023

Amtsgericht Chemnitz  
Pfaff  
Rechtspflegerin

**Amtsgericht Chemnitz**  
**Aktenzeichen: 1 II 52/23**

In dem Aufgebotsverfahren mit dem vorgenannten Aktenzeichen ist am 12. Oktober 2023 folgendes Aufgebot veröffentlicht worden:

Frau Regine Uhlig, Kuchengartenstraße 10, 04315 Leipzig, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE24 8705 0000 3321 0966 59, ausgestellt von der Sparkasse Chemnitz, Bahnhofstraße 51, 09111 Chem-

nitz, auf den Namen Regine Uhlig, zuletzt wohnhaft Andrestraße 31, 09112 Chemnitz, beantragt.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, bis spätestens zum 12. Januar 2024 seine Rechte schriftlich beim Amtsgericht Chemnitz, Gerichtsstraße 2, 09112 Chemnitz, anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Chemnitz, den 12. Oktober 2023

Amtsgericht Chemnitz  
Abo-Rady  
Rechtspflegerin

# Stellenausschreibungen

Die HTWK Leipzig wurde 1992 gegründet und ist eine der führenden sächsischen Hochschulen. Mit mehr als 6000 Studierenden ist sie eine der größten Hochschulen für Angewandte Wissenschaften des Freistaates Sachsen. Das Leitbild der HTWK Leipzig mit seinen verschiedenen Vernetzungsebenen spiegelt seit Jahren das Entwicklungsziel einer Spitzenhochschule für Angewandte Wissenschaften wider.

Die Fakultät Informatik und Medien widmet sich in ihren Lehr- und Forschungsschwerpunkten der Herstellung, Verbreitung und Vermittlung klassischer und neuer Medien sowie der Entwicklung von medialen und digitalen Technologien in Informatik, Druck- und Medientechnik. Die Bandbreite der Studiengänge bietet eine große Auswahl an unterschiedlichen Zugängen zu Medien und spiegelt deren zahlreiche Beziehungen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

An der Fakultät Informatik und Medien der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK Leipzig) ist zum **nächstmöglichen Zeitpunkt** befristet zur Vertretung folgende Stelle zu besetzen:

## Vertretungsprofessur Technische Informatik

- Vollzeit (Teilzeit von mindestens 50 v.H. ist grundsätzlich möglich.)
- befristet bis 30. September 2024
- Besoldungsgruppe W2

## Ihre Aufgaben:

- Sie vertreten folgende inhaltliche Schwerpunkte in **Lehre und Forschung**:
  - o **Digitaltechnik, eingebettete Systeme und Rechnerarchitekturen,**
  - o **IT-Sicherheit** sowie
  - o **Grundlagen der Informatik** in den Studiengängen Informatik und Medieninformatik sowie im Service für andere Studiengänge.

## Sie bringen mit:

- Sie erfüllen die Einstellungs- und Eignungsvoraussetzungen nach § 59 des Sächsischen Hochschulgesetzes. Dazu gehören:
  - o ein **abgeschlossenes Hochschulstudium der Informatik,**
  - o **besondere Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit** (nachgewiesen durch Ihre Promotionsurkunde),
  - o **pädagogische Eignung und hochschuldidaktische Kenntnisse** (zum Beispiel nachgewiesen durch Evaluationen, Teilnahmezertifikate didaktischer Weiterbildungen) sowie
  - o eine **fünfjährige Berufspraxis,** davon mindestens **drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs** (zum Beispiel nachgewiesen durch Arbeitszeugnisse, Referenzschreiben).

## Sie bringen weiterhin mit:

- Sie verfügen außerdem über **Fachkenntnisse und Lehrerfahrung in mindestens zwei der genannten Schwerpunkte.**
- Sie sind in der Lage und bereit, die in **§ 69 des Sächsischen Hochschulgesetzes** aufgeführten Pflichten wahrzunehmen, unter anderem:
  - o Mitwirkung in der **Selbstverwaltung** der Hochschule,

- o Mitwirkung bei der **Abnahme von Prüfungen,**
- o **Studienfachberatung und Förderung der Studierenden,**
- o **Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses** sowie
- o Mitwirkung bei der **Studienreform und in Qualitätssicherungsverfahren.**

## Wir bieten

- Eine verantwortungsvolle Tätigkeit mit **viel Entwicklungspotential und Gestaltungsspielraum.**
- Entwicklungsgespräche und umfangreiche **Weiter- und Fortbildungsangebote** ermöglichen gemeinsames Wachstum.
- Ihr Wohlbefinden und Ihre Gesundheit liegen uns am Herzen. Hierfür bieten wir insbesondere **flexible Arbeitszeiten, einen familiengerechten Arbeitsplatz, mobile Arbeit und vielfältige Angebote des Hochschulgesundheitsmanagements sowie des Hochschulsports.**
- Sie erhalten eine **Jahressonderzahlung** und haben die Möglichkeit, ein **ermäßigtes Ticket für den Personennahverkehr** (Job-Ticket) zu beziehen.

## Bewerbungsablauf

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Darstellung der wissenschaftlichen Arbeiten, beglaubigten Kopien von Abitur- und Diplom-/Master-, Promotions- und gegebenenfalls der Habilitationsurkunde sind schriftlich unter der Angabe der **Kenn-Nummer IM 123 bis zum 27. Oktober 2023** zu richten an die

**Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Dezernat Personal, Postfach 30 11 66, 04251 Leipzig.**

Alternativ können Sie Ihre Bewerbungsunterlagen auch in elektronischer Form an [stellenausschreibung@htwk-leipzig.de](mailto:stellenausschreibung@htwk-leipzig.de) senden. Bitte beachten Sie in diesem Fall, dass die geforderten beglaubigten Kopien von Abitur- und Diplom-/Masterzeugnissen sowie der Diplom-/Master-, Promotions- und gegebenenfalls der Habilitationsurkunde vor Vertragsabschluss nachgereicht werden müssen. Weiterhin weisen wir Sie darauf hin, dass Ihre Daten während der Übermittlung im Internet standardmäßig nicht geschützt sind. Verwenden Sie im Zweifelsfall unsere Postanschrift, um uns vertrauliche Informationen mitzuteilen.

**Inhaltliche Fragen** zur ausgeschriebenen Stelle beantwortet Herr Prof. Dr.-Ing. Jean-Alexander Müller ([Jean-Alexander.Mueller@htwk-leipzig.de](mailto:Jean-Alexander.Mueller@htwk-leipzig.de)).

Die Hochschule strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Wissenschaft und Lehre an. Qualifizierte Wissenschaftlerinnen sind deshalb ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Bewerbungen von Menschen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Bitte beachten Sie unsere Hinweise zum Bewerbungsverfahren und zum Datenschutz unter [www.htwk-leipzig.de/stellenausschreibungen](http://www.htwk-leipzig.de/stellenausschreibungen).

## Wir suchen eine Führungskraft für das Bauamt

**Bernsdorf** liegt als Wohnort für circa 6 300 Einwohner im nördlichen Teil der Oberlausitz unweit des Lausitzer Seenlandes, eingebettet in eine weitreichende Wald- und Teichlandschaft. Mit Betriebsgrößen von 1–970 Arbeitsplätzen in Branchen wie der Automobilindustrie, der Metallverarbeitung, des Handwerks und der Dienstleistungen hat sich Bernsdorf dank seiner infrastrukturellen Anbindung als Industriestandort etabliert. Zukunftsprojekte wie die Erschließung neuer Industrie-, Gewerbe- und Wohnbauflächen, Verkehrsinfrastrukturprojekte wie eine S-Bahn-Anbindung, Energiethemen und weitere Investitionsvorhaben gehen mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Standorts im ländlichen Raum einher. Strukturförderprojekte wie der „Grüne Industriepark Straßgräbchen“, die Ertüchtigung des Waldbades und die Errichtung des „AnkerGlasZentrums“ als moderner Ort des digitalen Wissenstransfers sind dabei aktuelle zukunftsgerichtete Großvorhaben, die eine geschickte Projektleitung erfordern.

Die Verwaltung setzt neben ihren kommunalen Aufgaben auf eine gute Vernetzung der Bevölkerung und lokalen Akteure, eine nachhaltige integrierte Stadtentwicklung, moderne Strukturen und ein kreatives kollegiales Arbeitsklima.

Zum nächstmöglichen Einsatz suchen wir einen

### Amtsleiter des Bauamtes (m/w/d)

zur unbefristeten Beschäftigung. Verantwortungsvolle vielseitige Tätigkeitsfelder warten auf Ihre Ausgestaltung und ein motiviertes Team aus 5 Verwaltungsmitarbeiterinnen und einem 7-köpfigen Bauhof stehen Ihnen dabei tatkräftig zur Seite.

Die regelmäßige Wochenarbeitszeit beträgt in Vollzeit nach TVöD 39 Stunden.

Wir suchen eine Führungspersönlichkeit mit einem hohen Maß an Sachkenntnis, die es versteht, das eigene Team kooperativ zu führen und die in der Lage ist, komplexe Vorgänge zu strukturieren und zu steuern.

### Das Aufgabengebiet:

- verantwortungsvolle, fachliche und organisatorische Leitung und Weiterentwicklung des Bauamtes, des Gebäude- und Liegenschaftsmanagements und des Bauhofes
- Koordinierung/Überwachung von städtischen Bauvorhaben im Hoch- und Tiefbau, von Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen, öffentlichen Wegen, Plätzen, der Straßenbeleuchtung und an Gewässern sowie von Bau- und Erhaltungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden, Einrichtungen und Liegenschaften (einschließlich Ausschreibungs- und Vergabeverfahren)
- Koordinierung/Überwachung der städtischen Bauleitplanung (Ortsplanung, Bauleitplanverfahren), städtebauliche Entwicklung und Aufgaben der Stadtsanierung und Städtebauförderung
- Führen von Verhandlungen und Abschluss von Ingenieur- Architekten-, Bau- und Erschließungsverträgen
- Zusammenarbeit mit beauftragten Planungsbüros sowie Überwachung der Leistungserbringung, einschließlich der Wahrnehmung von Bauherrenaufgaben
- Investitions- und Haushaltsplanung für den Amtsbereich, einschließlich Mittelüberwachung

- Erstellung und Mitwirkung von Entscheidungsvorlagen für Beschlussfassungsorgane
- Kommunales Energiemanagement
- Projekt- und Fördermittelmanagement für den Amtsbereich
- Teilnahme in öffentlichen Gremiensitzungen

### Wir bieten:

- eine anspruchsvolle, vielseitige und abwechslungsreiche Tätigkeit in einer Führungsposition im Rahmen einer kontinuierlichen und unbefristeten Vollzeitbeschäftigung mit Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten
- tarifgerechte Vergütung sowie attraktive Leistungen des öffentlichen Dienstes (zum Beispiel Jahressonderzahlung, Leistungsentgelt, 30 Tage Erholungsurlaub im Kalenderjahr, betriebliche Altersversorgung, vermögenswirksame Leistungen)
- flexible Arbeitszeitgestaltung
- Möglichkeit zur gezielten und umfassenden Fort- und Weiterbildung

### Ihr Profil:

- ein abgeschlossenes Hoch- oder Fachhochschulstudium in den Fachrichtungen Bauwesen, Architektur, Stadt- und Regionalplanung oder eine vergleichbare Fachrichtung
- alternativ: erfolgreich abgeschlossener Hochschul- oder Fachhochschulabschluss in der Fachrichtung allgemeine Verwaltung oder eine abgeschlossene Qualifizierung zum Verwaltungsfachwirt (Angestelltenlehrgang II)
- idealerweise mehrjährige Berufserfahrung im Fachbereich Bauamt
- fundierte Rechts- und Fachkenntnisse im Verwaltungsrecht sowie insbesondere Baurecht und den damit zusammenhängenden privatrechtlichen Vorschriften (zum Beispiel Vertragsrecht, Vergaberecht, Architektenrecht, et cetera)
- Organisations-, Gestaltungs- und Planungskompetenz
- Wertschätzender und kooperativer Führungsstil, hohe Durchsetzungs-, Leistungs-, Lern- und Veränderungsfähigkeit sowie Dienstleistungsorientierung
- EDV-Kenntnisse werden erwartet
- einen gültigen Führerschein der Klasse B

Wir freuen uns auf Ihre aussagefähige Bewerbung!

Bitte richten Sie diese jeweils bis zum **30. November 2023** mit den üblichen Unterlagen und unter Angabe der telefonischen Erreichbarkeit per E-Mail in einer PDF-Datei zusammengefasst an

**personal@bernsdorf.de** oder per Post an:

Stadtverwaltung Bernsdorf

Personalabteilung

Kennwort: AL Bau

Rathausallee 2

02994 Bernsdorf

Für eine vertrauliche Behandlung bitten wir um Kennzeichnung der Post als Bewerbungsunterlagen. Schwerbehinderte Bewerber/-innen werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Frau Schneider unter der Telefonnummer: 035723 238-32 oder per E-Mail [personal@bernsdorf.de](mailto:personal@bernsdorf.de)

**Hinweis zum Datenschutz**

Mit Ihrer Bewerbung erklären Sie sich damit einverstanden, dass Ihre Bewerbungsunterlagen an die Personalabteilung weitergegeben werden. Zum Zwecke der Abwicklung von Bewerbungsverfahren erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten von Bewerbern. Die Verarbeitung kann auch auf elektronischem Wege erfolgen. Wird ein Anstellungsvertrag mit einem Bewerber geschlossen, so werden die übermittelten Daten zum Zwecke der Abwick-

lung des Beschäftigungsverhältnisses unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gespeichert.

Schließen wir mit dem Bewerber keinen Anstellungsvertrag, so werden die Bewerbungsunterlagen zwei Monate nach Bekanntgabe der Absageentscheidung automatisch gelöscht, sofern einer Löschung keine sonstigen berechtigten Interessen entgegenstehen. Sonstiges berechtigtes Interesse in diesem Sinne ist beispielsweise eine Beweispflicht in einem Verfahren nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Die Berufsakademie Sachsen zählt mit den Hochschulen zu den Einrichtungen des tertiären Bildungsbereiches. Voraussichtlich zum 1. Januar 2025 wird die Berufsakademie Sachsen zur Dualen Hochschule Sachsen umgewandelt. Sie führt Studierende in dual organisierten Studiengängen zum Abschluss Bachelor of Arts, Bachelor of Science oder Bachelor of Engineering. Die wissenschaftlich-theoretischen Studienabschnitte werden an den Staatlichen Studienakademien und die praktischen Studienabschnitte bei einem Praxispartner realisiert.

An der **Staatlichen Studienakademie Leipzig** ist die folgende Stelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet und in Vollzeit zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach TV-L, Entgeltgruppe E 15.

**Professor (m/w/d) für Digitale Transformation  
(Kennziffer L-P04-2023)**

**Aufgabenprofil:**

Zur Übernahme von Lehrveranstaltungen in den Studiengängen „Vermögensmanagement“ und „Nachhaltige Ingenieurwissenschaft für Immobilien und Anlagen“ sind vertiefte Kenntnisse und praktische Erfahrungen im Kontext der digitalen Transformation in mindestens drei der folgenden Gebiete erforderlich:

- Geschäftsprozessmanagement,
- Requirements Engineering,
- Struktur und Einsatz von KI in Entscheidungsprozessen,
- Informations- und Kommunikationssysteme,
- Datenmanagement,
- Systems Engineering.

Zu den Aufgabengebieten gehören unter anderem:

- Konzeption und Durchführung von Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Übungen, Praktika),
- Mitarbeit an der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Studienordnungen und neuer Studienangebote,
- Einarbeitung in angrenzende Lehrgebiete,
- Betreuung von Studierenden und Mitwirkung bei der Organisation von Studienabläufen,
- Mitarbeit in Gremien,
- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit.

Von den Bewerber\_innen wird erwartet:

- methodisch-didaktische Befähigung,
- ein abgeschlossenes einschlägiges Hochschulstudium, zum Beispiel Wirtschaftsinformatik,
- Erfahrungen und Kenntnisse bei der Betreuung von Studierenden,
- konzeptionelle Fähigkeiten zur Weiterentwicklung von Studienangeboten,
- fachpraktische Erfahrungen und kommunikative Fähigkeiten als kompetente Ansprechperson für die dualen Praxispartner,
- Interesse an praxisnaher Forschung sowie an Themenfeldern des Wissens- und Technologietransfers,
- Teamfähigkeit und Engagement.

**Alle Bewerber\_innen müssen die folgenden Einstellungsvoraussetzungen erfüllen:**

1. **abgeschlossenes Hochschulstudium** des entsprechenden Wissenschaftsgebietes;
2. **pädagogische Eignung**, die in der Regel durch Erfahrungen in der Lehre, hochschuldidaktische Qualifikation und durch eine Probeveranstaltung (Probenvortrag, Probelehrveranstaltung) nachgewiesen wird;
3. **besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit**, die in der Regel durch eine Promotion nachgewiesen wird;
4. **besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens 5-jährigen einschlägigen beruflichen Praxis**, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein sollen.

Der Arbeitsort ist die Staatliche Studienakademie in **Leipzig**. Bei Bedarf ist der Einsatz auch an einer anderen Staatlichen Studienakademie der Berufsakademie Sachsen möglich.

Die Art und der Umfang der dienstlichen Aufgaben der Lehrpersonen an der Berufsakademie Sachsen ergeben sich aus der Sächsischen Berufsakademie-Dienstaufgabenverordnung vom 26. Juli 2019 (SächsGVBl S. 602).

Die Vergütung erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) in der Entgeltgruppe E 15. Berufungen beziehungsweise Einstellungen erfolgen im Angestelltenverhältnis. Die Staatliche Studienakademie Leipzig begrüßt ausdrücklich die Bewerbung von Frauen. Bewerbungen Schwerbehinderter werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (tabellarischer Lebenslauf, Darstellung des wissenschaftlichen Werdegangs, der fachpraktischen Berufserfahrungen und der Lehrtätigkeit) sowie Kopien von Urkunden über akademische Vorbildung und Abschlüsse, Prüfungs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis sowie Nachweise wissenschaftlicher Leistungen, Veröffentlichungen und zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sind mit Angabe der Kennziffer L-P04-2023 bis zum 20. November 2023 zu richten:

online an: [bewerbung.leipzig@ba-sachsen.de](mailto:bewerbung.leipzig@ba-sachsen.de)

Bitte verwenden Sie eine PDF-Datei für Ihre Onlinebewerbung mit folgender Kennzeichnung:  
L-P04-2023 Name\_Vorname

Bitte beachten Sie, dass Sie mit Ihrer Bewerbung gleichzeitig Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens erteilen. Ferner weisen wir darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Bewerbung entstandene Kosten leider nicht erstattet werden können.

